

1979	Ausgegeben zu Bonn am 18. April 1979	Nr. 17
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
21. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins	341
27. 3. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel und des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit	343
28. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken	344
28. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	344
28. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	345
29. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	345
29. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	346
29. 3. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion über Finanzielle Zusammenarbeit	346
30. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen	348
3. 4. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	348
3. 4. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden	349
5. 4. 79	Bekanntmachung von Änderungen des Europäischen Patentübereinkommens und seiner Ausführungsordnung	349

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins

Vom 21. März 1979

Die nachstehend bezeichneten Verträge des Weltpostvereins vom 5. Juli 1974 nebst Schlußprotokollen (BGBl. 1975 II S. 1513),

1. das Zweite Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins,
2. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins,
3. der Weltpostvertrag,
4. das Wertbriefabkommen,
5. das Postpaketabkommen,
6. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen
7. das Postscheckabkommen,
8. das Postnachnahmeabkommen,
9. das Postauftragsabkommen,
10. das Postsparkassenabkommen,
11. das Postzeitungsabkommen,

sind für folgende Staaten in Kraft getreten:

Finnland	am 7. November 1978	1-8, 10-11
Gabun	am 29. September 1978	1-4, 6-9
Irland	am 5. Januar 1979	1-5
Korea (Demokratische Volksrepublik)	am 18. September 1978	1-5, 11
Madagaskar	am 14. Dezember 1978	1
	am 26. Juni 1976	2-10
Mauritius	am 11. September 1978	1-5
Mosambik	am 11. Oktober 1978	1-6, 8, 11
Tansania	am 11. September 1978	1-5
Trinidad und Tobago	am 16. November 1978	1-5
Uganda	am 1. März 1978	1
	am 22. Dezember 1978	2-5

Die Satzung des Weltpostvereins vom 10. Juli 1964 (BGBl. 1965 II S. 1633) ist in Kraft getreten für:

Mosambik am 11. Oktober 1978

Das Zusatzprotokoll vom 14. November 1969 zur Satzung des Weltpostvereins (BGBl. 1971 II S. 245) ist in Kraft getreten für:

Kolumbien am 11. Mai 1976
 Mosambik am 11. Oktober 1978
 Peru am 8. Januar 1979
 Uganda am 1. März 1978

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Januar 1979 (BGBl. II S. 120).

Bonn, den 21. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
 Im Auftrag
 Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel und
des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 27. März 1979

Das in Brüssel am 8. Februar 1977 von dem Rat der Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten und dem Staat Israel unterzeichnete

Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel

und das in Brüssel am 8. Februar 1977 von dem Rat der Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten und dem Staat Israel unterzeichnete

Protokoll über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel

sind nach ihren Artikeln 16 Abs. 2 bzw. 13 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland
und die übrigen Vertragsparteien
am 1. November 1978

in Kraft getreten. Die Protokolle sind im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 270 vom 27. September 1978 veröffentlicht worden.

Bonn, den 27. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza
über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen
für die Eintragung von Marken**

Vom 28. März 1979

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Fassung des Abkommens von Nizza vom 15. Juni 1957 über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (BGBl. 1970 II S. 293, 434) wird nach ihrem Artikel 9 Abs. 4 Buchstabe b für

Spanien am 9. Mai 1979
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. März 1977 (BGBl. II S. 377).

Bonn, den 28. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 28. März 1979

Das Protokoll vom 12. März 1971 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt — 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt — (BGBl. 1972 II S. 257) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Korea (Demokratische
Volksrepublik) am 27. Juni 1978
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Juni 1978 (BGBl. II S. 899).

Bonn, den 28. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 56
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 28. März 1979

Das Protokoll vom 7. Juli 1971 zur Änderung des Artikels 56 des am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossenen Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1978 II S. 500) ist in Kraft getreten für:

Kongo	am	13. November 1978
Korea (Demokratische Volksrepublik)	am	27. Juni 1978
Tansania	am	15. Juni 1978

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Juni 1978 (BGBl. II S. 919).

Bonn, den 28. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 29. März 1979

Das Protokoll vom 15. September 1962 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt — 3. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt — (BGBl. 1964 II S. 217) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Korea (Demokratische Volksrepublik)	am	27. Juni 1978
--	----	---------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Juni 1978 (BGBl. II S. 899).

Bonn, den 29. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1960
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See

Vom 29. März 1979

Das Internationale Übereinkommen vom 17. Juni 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1965 II S. 465) wird nach seinem Artikel XI für

Irak am 27. Mai 1979
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Oktober 1978 (BGBl. II S. 1277).

Bonn, den 29. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion
über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 29. März 1979

In Lomé ist am 22. Dezember 1978 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 6

am 22. Dezember 1978
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. März 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion,

in dem Wunsche, ihre Beziehungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen, und

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der in der Westafrikanischen Währungsunion zusammengeschlossenen (zur Zeit sechs) afrikanischen Staaten beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH, Köln, eine Beteiligung bis zu 5 Millionen DM (in Worten fünf Millionen Deutsche Mark) auf das Grundkapital der Banque Ouest-Africaine de Développement (BOAD) mit Sitz in Lomé/Togo zu übernehmen.

Artikel 2

Die in Artikel 1 genannte Beteiligung der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH wird nach Maßgabe der Satzungen der BOAD sowie eines mit dieser Bank noch abzuschließenden Finanzierungsvertrages bewirkt.

Artikel 3

(1) Der Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion garantiert im eigenen Namen und für die Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO) hinsichtlich der in Artikel 1 genannten Beteiligung den freien Transfer aller Zahlungen aus dem gemäß Arti-

kel 2 abzuschließenden Finanzierungsvertrag sowie den freien Rücktransfer in Deutscher Mark sowohl des Kapitals und anfallender Erträge als auch im Falle der Veräußerung oder der Liquidation des Veräußerungs- oder Liquidationserlöses.

(2) Der Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion verpflichtet sich, der Banque Ouest-Africaine de Développement (BOAD) sowie der Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO) bei der Erfüllung ihrer Zahlungs- und Rückzahlungsverpflichtungen an die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH gemäß dem in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrag keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Artikel 4

Der Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion stellt die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH von sämtlichen Steuern und sonstigen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in einem der Mitgliedstaaten der Westafrikanischen Währungsunion erhoben werden.

Artikel 5

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ministerrat der Westafrikanischen Währungsunion innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lomé am 22. Dezember 1978 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich
ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Werner Seldis

Für den Ministerrat
der Westafrikanischen Währungsunion
Isidore Amoussou

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen
Vom 30. März 1979

Das Abkommen vom 19. Juni 1948 über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen (BGBl. 1959 II S. 129) wird nach seinem Artikel XXI Abs. 3 für

Madagaskar	am 9. April 1979
Seschellen	am 16. April 1979

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juni 1978 (BGBl. II S. 989).

Bonn, den 30. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs
Vom 3. April 1979

Das Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434; 1971 II S. 1377; 1978 II S. 1445) wird nach seinem Artikel XI für

Jemen (Arabische Republik)	am 5. Mai 1979
----------------------------	----------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 29. März 1978 (BGBl. II S. 404) und vom 17. November 1978 (BGBl. II S. 1445).

Bonn, den 3. April 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 3. April 1979

Das Internationale Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301) ist nach seinem Artikel XV für

Korea (Republik) am 18. März 1979
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Februar 1979 (BGBl. II S. 299).

Bonn, den 3. April 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
von Änderungen des Europäischen Patentübereinkommens
und seiner Ausführungsordnung**

Vom 5. April 1979

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation hat am 21. Dezember 1978 Änderungen des Europäischen Patentübereinkommens vom 5. Oktober 1973 und seiner Ausführungsordnung (BGBl. 1976 II S. 649, 826, 915) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nr. 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. August 1978 (BGBl. II S. 1133).

Bonn, den 5. April 1979

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

Beschluß
des Verwaltungsrats vom 21. Dezember 1978 zur Änderung der in Artikel 152
Absatz 3 des Europäischen Patentübereinkommens festgesetzten Frist

Decision
of the Administrative Council of 21 December 1978 amending the time limit
laid down in Article 152, paragraph 3 of the European Patent Convention

Decision
du Conseil d'administration du 21 décembre 1978 relative à la modification du délai
fixé à l'article 152, paragraphe 3 de la Convention sur le brevet européen

DER VERWALTUNGSRAT DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION —

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Artikel 152 Absatz 3 des Übereinkommens erhält folgende Fassung:

„Für die internationale Anmeldung ist die Übermittlungsgebühr zu zahlen, die innerhalb eines Monats nach Eingang der Anmeldung zu entrichten ist.“

Artikel 2

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt allen Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am 1. März 1979 in Kraft.

GESCHEHEN zu München am
21. Dezember 1978

THE ADMINISTRATIVE COUNCIL OF THE EUROPEAN PATENT ORGANISATION,

Having regard to the European Patent Convention (hereinafter referred to as the "Convention") and in particular Article 33, paragraph 1 (a), thereof,

On a proposal from the President of the European Patent Office,

HAS DECIDED AS FOLLOWS:

Article 1

Article 152, paragraph 3, of the Convention shall read as follows:

"Each international application shall be subject to the payment of the transmittal fee, which shall be payable within one month after receipt of the application."

Article 2

The President of the European Patent Office shall forward a certified copy of this Decision to all the signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 3

This Decision shall enter into force on 1 March 1979.

DONE at Munich, 21 December 1978

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident
G. Vianès

For the Administrative Council
The Chairman
G. Vianès

Par le Conseil d'administration
Le Président
G. Vianès

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION DE L'ORGANISATION EUROPEENNE DES BREVETS,

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée «la Convention»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre a),

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

DECIDE:

Article premier

L'article 152, paragraphe 3 de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«Le dépôt de la demande internationale donne lieu au paiement de la taxe de transmission qui doit être versée dans un délai de un mois à compter du dépôt de la demande».

Article 2

Le Président de l'Office européen des brevets communique à tous les Etats signataires de la Convention, ainsi qu'aux Etats qui y adhèrent, une copie certifiée conforme de la présente décision.

Article 3

La présente décision entre en vigueur le 1^{er} mars 1979.

FAIT à Munich, le 21 décembre 1978

**Beschluß
des Verwaltungsrats vom 21. Dezember 1978 zur Änderung
der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen**

**Decision
of the Administrative Council of 21 December 1978 amending
the Implementing Regulations to the European Patent Convention**

**Decision
du Conseil d'administration du 21 décembre 1978 modifiant
le règlement d'exécution de la Convention sur le brevet européen**

DER VERWALTUNGSRAT DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION —

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Regel 26 Absatz 2 Buchstabe c letzter Satz der Ausführungsordnung zum Übereinkommen (nachstehend „Ausführungsordnung“ genannt) erhält im englischen und französischen Text folgende Fassung:

a) im englischen Text:

„It is recommended that the telegraphic and telex address and telephone number be indicated;“

b) im französischen Text:

„Il est recommandé d'indiquer l'adresse télégraphique et de télex ainsi que le numéro de téléphone;“

Artikel 2

Regel 32 Absatz 2 Buchstabe a der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Die Zeichnungen sind in widerstandsfähigen, schwarzen, ausreichend festen und dunklen, in sich gleichmäßig starken und klaren Linien oder Strichen ohne Farben oder Tönungen auszuführen.“

THE ADMINISTRATIVE COUNCIL OF THE EUROPEAN PATENT ORGANISATION,

Having regard to the European Patent Convention (hereinafter referred to as the Convention) and in particular Article 33, paragraph 1 (b), thereof,

On a proposal from the President of the European Patent Office

HAS DECIDED AS FOLLOWS:

Article 1

The following texts shall be substituted for the English and French versions respectively of the last sentence of Rule 26, paragraph 2 (c), of the Implementing Regulations to the European Patent Convention:

(a) in English:

„It is recommended that the telegraphic and telex address and telephone number be indicated;“

(b) in French:

„Il est recommandé d'indiquer l'adresse télégraphique et de télex ainsi que le numéro de téléphone;“

Article 2

The following text shall be substituted for Rule 32, paragraph 2 (a), of the Implementing Regulations:

„Drawings shall be executed in durable, black, sufficiently dense and dark, uniformly thick and well-defined, lines and strokes without colourings.“

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION DE L'ORGANISATION EUROPEENNE DES BREVETS,

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée «la Convention»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b),

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

DECIDE:

Article premier

Dans les versions anglaise et française, la dernière phrase de la règle 26, paragraphe 2, lettre c) du règlement d'exécution de la Convention (ci-après dénommé «le règlement d'exécution») est remplacée par le texte suivant:

a) dans la version anglaise:

„It is recommended that the telegraphic and telex address and telephone number be indicated;“

b) dans la version française:

„Il est recommandé d'indiquer l'adresse télégraphique et de télex ainsi que le numéro de téléphone;“

Article 2

La règle 32, paragraphe 2, lettre a) du règlement d'exécution est remplacée par le texte suivant:

„Les dessins doivent être exécutés en lignes et traits durables, noirs, suffisamment denses et foncés, uniformément épais et bien délimités, sans couleurs ni lavis.“

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,70 DM (1,20 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,20 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Artikel 3

Regel 35 Absatz 6 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„(6) Vorbehaltlich der Regel 32 Absatz 1 sind auf den Blättern als Mindestränder folgende Flächen unbeschriftet zu lassen:

Oberer Rand:	2 cm
Linker Seitenrand:	2,5 cm
Rechter Seitenrand:	2 cm
Unterer Rand:	2 cm

Die empfohlenen Höchstmaße für die vorstehenden Ränder sind folgende:

Oberer Rand:	4 cm
Linker Seitenrand:	4 cm
Rechter Seitenrand:	3 cm
Unterer Rand:	3 cm

Artikel 4

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt allen Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

Artikel 5

Dieser Beschluß tritt am 1. Mai 1979 in Kraft.

GESCHEHEN zu München am 21. Dezember 1978

Article 3

The following text shall be substituted for Rule 35, paragraph 6, of the Implementing Regulations:

“(6) Subject to Rule 32, paragraph 1, the minimum margins shall be as follows:

top:	2 cm
left side:	2.5 cm
right side:	2 cm
bottom:	2 cm

The recommended maximum for the margins quoted above is as follows:

top:	4 cm
left side:	4 cm
right side:	3 cm
bottom:	3 cm

Article 4

The President of the European Patent Office shall forward a certified copy of this Decision to all signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 5

This Decision shall enter into force on 1 May 1979.

DONE at Munich, 21 December 1978

Article 3

Le paragraphe 6 de la règle 35 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«(6) Sous réserve de la règle 32, paragraphe 1, les marges minimales doivent être les suivantes:

marge du haut:	2 cm
marge de gauche:	2,5 cm
marge de droite:	2 cm
marge du bas:	2 cm

Le maximum recommandé des marges citées ci-dessus est le suivant:

marge du haut:	4 cm
marge de gauche:	4 cm
marge de droite:	3 cm
marge du bas:	3 cm

Article 4

Le Président de l'Office européen des brevets communique à tous les Etats signataires de la Convention, ainsi qu'aux Etats qui y adhèrent, une copie certifiée conforme de la présente décision.

Article 5

La présente décision entre en vigueur le 1^{er} mai 1979.

FAIT à Munich, le 21 décembre 1978

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident
G. Vianès

For the Administrative Council
The Chairman
G. Vianès

Par le Conseil d'administration
Le Président
G. Vianès